
ZECK
das info aus der roten flora
Nr. 97 | April 2001
finger verbrennen
flora bleibt
unverträglich
selbstverwaltet
selbstbestimmt

Nach dem Castor ist vor dem Castor!

Den Transport haben sie durchgeprügelt, mit einem unglaublichen Aufwand, den sie wohl kaum alle 6 Monate auf die nächsten zehn Jahre durchhalten können.
Die Strategie der Bullen, alle Widerstand-Camps zu verbieten, war clever gedacht und hat die Möglichkeiten konkreter Verhinderungsaktionen ziemlich erschwert – aber verunmöglicht wurde unser Widerstand dadurch nicht!
Es gab viele Aktionen, einige haben geklappt, andere nicht.... Die Presse malte das Schreckgespenst der autonomen GewalttäterInnen – wieder einmal. Hat mensch vor dem Bildschirm das Gefühl, die Revolution sei ausgebrochen, schildern Leute, die vor Ort waren die Geschehnisse weit weniger spektakulär.
Der Widerstand war erfolgreich – hoffentlich lassen sich davon viele mobilisieren, im Herbst wieder ins Wendland zu fahren!!
Mit Anti-Castor-Grüßen
Eure zeck

Inhalt



Impressum

V.i.S.d.P.: Klausmartin Kretschmer, Rothenbaumchaussee 20, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Die Zeck gibt es im Förderabo für 20,- DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Name« ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (Mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungsl¸cke· von 150,- bis 200,- DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versöhnlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigendruck im Selbstverlag

Kein Naziaufmarsch in Uelzen!

Für den **7.April 2001** haben sogenannte „Freie Kräfte der nationalen Opposition", gemeinsam mit den „Jungen Nationaldemokraten" einen Aufmarsch in Uelzen angekündigt. Sie wollen gegen vermeintliche „linke Gewalt" bei den Castortransporten demonstrieren. Außerdem wollen sie sich als Castorgegner und Umweltschützer darstellen. Auch wenn die Parolen denen der Bürgerinitiativen und Umweltschutzgruppen gleichen: Hinter den Transparenten in Uelzen marschieren diejenigen, die – auch in Landkreisen Lüchow-Dannenberg und Uelzen – Andersdenkende, AusländerInnen oder einfach nur anders Aussehende bedrohen, angreifen und schwer verletzen.

Castortransporte und Naziaufmärsche verhindern!

Antifaschistische Demonstration,
7.April 2001, 10:00 Uhr Herzogenplatz – Neues Rathaus, Uelzen.
Infotelefon: 0172/4152311(aktuelle Infos und Rechtslage) vorher unbedingt anrufen!



Bilder: Gleisaktion mit 300 Leuten am 26.3. bei Leitstade



Spendenaufruf 1

Am 26.7.99 geriet in Berlin, infolge handgreiflicher Auseinandersetzungen mit einem mutmaßlichen Neonazi, ein junger polnischer Punk unter die S-Bahn. Dem Tod knapp entronnen, wachte er nach 2 Wochen ohne Bein und Arm auf. Da die Frist seines legalen Aufenthalts gerade ablief, tauchte er, sobald es ihm möglich war, unter. Von nun an kümmerten sich Mitarbeiter des Karuna-Mobil und des Polnischen Sozialrats um sein gesundheitliches Wohlergehen, Prothesen-beschaffung und juristischer Vertretung seiner Rechte im anhängigen Verfahren der Staatsanwaltschaft. Für ein knappes Jahr ging das Opfer aus Deutschland weg. Nun wurde Anklage gegen den mehrmals vorbestraften mutmaßlichen Täter, Träger verfassungsfeindlicher Symbole, wegen schwerer Körperverletzung erhoben. Nach drei Gerichtsverhandlungen und Anhören widersprüchlicher Aussagen ist der deutsche Angeklagte am 9.11, Tag des Aufstands der Anständigen, nach dem Grundsatz in dubio pro reo freigesprochen worden. Der vorgeladene Geschädigte erschien nicht im Gericht, da er am 2.11 von der Polizei festgenommen und am Tag darauf nach Polen abgeschoben wurde. Aus dem gleichen Grund konnte sein Antrag auf Prozesskostenhilfe nicht stattgegeben werden. Dito, da er keinen gefestigten Aufenthaltsstatus hatte, war es in der BRD kaum möglich ihm ein Gliedersatz zu beschaffen, weder vom Staat noch von caritativen Anstalten. Erst in Frankreich, wo er sich bis Herbst aufhielt wurde ihm dies ermöglicht. Auch wenn der Polnische Sozialrat dafür keinen Fond hat, wird der Verein die entstandenen, sowie zukünftigen Anwaltskosten, die durch die eingelegte Berufung anfallen werden, übernehmen. Nach dem bisherigen Richterspruch hat der Geschädigte keinen Anspruch auf Unterstützung aus dem Fond für Opfer fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten. Daher ruft der polnische Sozialrat e.V. alle auf, die in dem Fall Unterstützung leisten können, auf ihr Spendenkonto Nr.3375409, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00 zu spenden. Quittung auf Wunsch ist möglich.

Polnischer Sozialrat e.V. Polska Rada Spoleeczna, Kohlfurterstr. 40, 10999 Berlin, Tel: 030/6151717, Fax: 030/61659288, e-mail: Polskarada@aol.com

Bewegungsmelder online

Der Bewegungsmelder hat sich nun auch der neuen Technologie zugewandt und ist online gegangen. Anklicken unter:
www.bewegungsmelder.org
und schon gibt's die aktuellen Termine. Viel Spaß damit.

Spendenaufruf 2

Anfang des Jahres fand in der Flora eine Soliparty zugunsten einer 19-jährigen Frau statt, die dem Mann, der sie jahrelang vergewaltigte, den Arsch abschoß. Dem Strafprozeß, in dem sie zu 2 Jahren auf Bewährung verurteilt wurde, folgte im Sommer 2000 der Zivilprozeß, wonach sie seine Behandlungskosten in Höhe von 80.000.-DM zur Hälfte zu übernehmen hat. Alle Beteiligten unterschiedlichster Sexualität wollten mit dieser Benefizveranstaltung der Frau den Respekt und die Unterstützung zukommen lassen, die sie verdient.
Da auch weiterhin Spenden willkommen und notwendig sind, ist hier noch mal das Spendenkonto:
RechtsanwältInnen Getzmann, Schaller, Pinar, Commerzbank 200 400 10, Anderkonto 611401180, Stichwort: Prozesshilfe

Solikonzert für Prozeßkosten

Am 30.4.2001 ab 22Uhr findet in der Roten Flora ein Solikonzert mit strenger und experimenteller Popmusik von den Hamburger Bands Zimbo(b,g,dr) und Tikkun (b,key,dr) statt. Anschließend legt TBC (Nachtschwestern/Radio Gagarin) experimentellen drum&bass vom Teller auf. Das Geld wird für den letzten noch andauernden Schillprozeß, sowie von Repression betroffene Antifas verwendet.
Gießen hat ein Ersatzobjekt für den Infoladen. Seit Ende Februar haben die Renovierungsarbeiten und Mitte März der Umzug des Infoladens Gießen begonnen. **Neue Adresse:** Infoladen, Alter Wetzlarer Weg 44, 35392 Giessen, Tel.:0641/75112
Sowohl bei der Renovierung als auch bei der Organisierung des Zentrums wird um Hilfe gebeten. Spenden an den Förderverein (siehe letzte ZECK) sind natürlich auch willkommen. Mehr Infos hierzu im ZECK-Ordner, Schwarzmarkt.

Die RZ-Verfahren haben begonnen:
Nähere Infos unter: http://www.freilassung.de

Zur Sexismus-Auseinandersetzung um den KSK – ZECK 03/01

Schon seltsam: Wo die „Verwüstung" durch die ausgezogenen Frauen in verschiedenen Äußerungen seitens des KSK noch als „Angriff auf ein linkes Wohnprojekt" bezeichnet wird, fehlt beim Beschreiben der vorausgegangenen Auseinandersetzungen die politische Komponente völlig. Hier handelt es sich lapidar um einen äußert privaten WG-Streit, der absurder Weise an die desinteressierte Öffentlichkeit gezerrt wird. Die Botschaft der KSK-BewohnerInnen lautet entsprechend: „Dieser Konflikt ist extrem vielschichtig, komplex und verworren, also liebe ‚LeserInnen, haltet euch besser da raus.", was von vielen auch dankbar befolgt wird.
Verallgemeinert bedeutet diese Herangehensweise, dass sich auch der schlagende Ehemann nicht sexistisch verhält, denn auch hier hat die Frau gewiss ihre Anteile am Konflikt. Was dort der WG-Streit ist hier ein normaler Ehekrach. Der Mann agiert nicht grundlos bösartig, sondern er reagiert nur auf ein/ihr Verhalten. Jede Kritik, die nicht den gesamten Kontext berücksichtigt (was schier unmöglich ist), wird für unzulässig erklärt. Nach dem Text „Nicht alles Private ist politisch" ist die beschriebene Situation ohnehin solange unpolitisch/privat, bis die Ehefrau aus ihrer Kritik einen Anspruch auf Verallgemeinerung formuliert (der dann wahrscheinlich von einem aufmerksamen Leser (!) wieder kritisiert wird).
Es gab in der Vergangenheit recht ausführliche Auseinandersetzungen mit der Thematik Sexismus/Männergewalt. Ein Aspekt hierbei ist die Parteilichkeit für die betroffene Frau. Dies bedeutet u.a., dass in einer von Männern beherrschten Gesellschaft ihre Wahrnehmung nicht infrage gestellt wird. Von einem Mann mit antipatriachalem Anspruch (und nur dann kann er sich glaubhaft als „links" bezeichnen) kann wohl erwartet werden, dass er sich mit seinem Handeln infrage stellt, wenn ihm grenzüberschreitendes / aggressives Verhalten vorgeworfen wird. Die KSK-Männer zeigen stattdessen reflexartig auf die betroffenen Frauen, forschen dort akribisch nach Fehlverhalten und begegnen Kritik mit Drohungen, indem sie sich bis heute vorbehalten, bei KritikerInnen „mal vor der Tür zu stehen". Die Stellungnahme des KSK unterscheidet sich in nichts von der bürgerlichen Rechtsprechung, wo ebenfalls sexistische Übergriffe gegen anderes „Fehlverhalten" aufgewogen, verharmlost, bestritten oder ignoriert werden. Wenn ein antisexistischer Ansatz mehr sein soll, als das Verdammen des perversen Sexualverbrechers im schwarzen Lodenmantel (hier im Chor auch mit der MoPo-LeserInnenschaft), dann muss ein als solcher empfundener Übergriff von den Männern selbstkritisch und isoliert aus dem Kontext betrachtet werden. Hierzu haben sie jedoch meines Wissens bis heute nicht ein Wort verloren.

Ein Leser

Presseerklärung der Roten Flora

Betreff: Verkauf des Gebäudes an einen privaten Investor

Die Flora ist kein Abenteuerspielplatz!

Nach einer ersten kurzen Stellungnahme vom 20.03.01 wollen wir uns als Vollversammlung der Roten Flora, also als NutzerInnen und somit BesitzerInnen, noch einmal ausführlicher zum Verkauf des Gebäudes an einen privaten Investor äußern.

Der Verkauf der Roten Flora ist der Versuch des Hamburger Senates, politische Konflikte mittels Veränderung der formaljuristischen Eigentumsverhältnisse zu privatisieren. An der Roten Flora haben sich in den vergangenen Jahren fundamentale Konflikte um Drogenpolitik, Vertreibung und Rassismus, Umstrukturierung und Aufwertung des Stadtteils sowie Nutzung und Bedeutung des öffentlichen Raumes entsponnen.

So setzt die Polizei bei der Verfolgung des Drogengebrauchs u.a. das Instrument des Platzverweises in Verbindung mit Personalienkontrollen und körperlichen Durchsuchungen ein und treibt damit die Szene kontinuierlich durch die Stadtteile. Die daran gekoppelte permanente Überwachung einer scheinbar definierten Szene bildetz nicht nur eine reale Bedrohung für die Betroffenen, vermeintlichen DrogennutzerInnen und im besonderen die konstruierte Gruppe der „schwarzen Dealer", sondern stellt auch eine ständige Inszenierung eines angeblich unsicheren Ortes dar. Die pauschale Verfolgung vermeintlicher DrogenverkäuferInnen nach Herkunft und Hautfarbe istz ein zentraler Baustein der Legitimation einer restriktiven Flüchtlingspolitik, die auf Abwehr und Abschottung setzt. Dagegen werden wir weiterhin Widerstand leisten.

Die hartnäckige Benennung der Verantwortlichkeit der Drogenverbotspolitik für die Verelendung der DrogenkonsumentInnen und die ebenso unsinnige wie rassistisch aufgeladene Kriminalisierung des Drogenhandels hat die Flora zu einem Störfaktor für die Vertreibungspolitik werden lassen. Der Versuch der Stadtr, diesen Konflikt durch den Verkauf des Hauses zu privatisieren, ist zum Scheitern verurteilt.

Die Besetzung der Flora und damit die Schaffung eines öffenlichen politisch-kulturellen Ortes stellt einen Angriff auf die Definitionsmacht des Staates über legale Aktions- und Politikformen dar und stellt Eigentumsverhältnisse in Frage. Das Kalkül des Senates, durch die Einsetzung einer „dritten Partei" diesen Konflikt zu entpolitisieren, ist durchsichtig und albern (siehe auch „Asterix&Obelix: Das Geschenk Cäsars"). Anstehende Auseinandersetzungen um die Zukunft des Stadtteil werden wir mit unseren Interventionsformen führen, wem auch immer das Haus, in dem wir uns bewegen, offiziell zugeschlagen wird.

Wir beanspruchen die Flora für unsere Strukturen. Die Flora kann von niemandem erworben werden, da sie uns bereits gehört. Wir haben in 11 Jahren erfolgreich deutlich gemacht, daß wir den Betrieb des Hauses sowie die Durchführung politisch-kultureller Veranstaltungen ohne irgendeine Einmischung von außen gewährleisten.

Die mit dem Verkauf eingeläutete Privatisierung eines öffentlichen Raumes als Spekulationsobjekt zum Schnäppchenpreis verweist deutlich auf die angestrebte Umstrukturierung des Stadtteils. Ohne jetzt Parolen der frühen 80er Jahre „Eigentum ist Diebstahl" recyceln zu wollen: wer 370000DM für ein potentielles Sahneschnittchen in attraktiver Lage investiert, verfolgt mit ziemlicher Sicherheit eigene Kapitalinteressen, die im Gegensatz zu einem uneigennützigen Mäzenentum stehen. Die Privatisierung öffentlicher Räume folgt der Logik der Politik, die über die Kontrolle eben dieser Räume die Ausgrenzung bestimmter Gruppen betreibt und legitimiert.

Die vollmundig angekündigte Befriedung des Projektes Rote Flora als Zwischenziel des Investors und der Stadt als Verkäuferin ist realitätsfern und hat mit den tatsächlichen Konflikten nichts zu tun.

Wir werden keine Eingriffe in die Strukturen und Ansätze der Roten Flora hinnehmen und uns keineswegs mit der rasanten Umnutzung des öffentlichen Raumes in privat kontrollierte Orte abfinden.

Rote Flora, 23.3.2001

Flora Aktionswoche 25.2.-3.3.01

!Es ist raus! Die Position der Flora zu Verträgen und Verhandlungen ist öffentlich. Am 25. Februar 2001 veröffentlichte die Rote Flora bei einem Pressegespräch ihre Absage an Verträge und Verhandlungen mit der Stadt. Drei UnterstützerInnen erläuterten ab 11 Uhr vor einigen PressevertreterInnen und ca. 100 Flora-SympathisantInnen die Ablehnung von Vertragsverhandlungen zwischen Flora und Stadt. Wer es bis elf Uhr nicht geschafft hatte, konnte die Pressekonferenz live auf FSK (93.0 Mhz) verfolgen, musste dafür aber auf Kuchen, Brötchen und Kaffee aus der Vokü verzichten. Während drinnen noch geredet wurde, bestückten einige Leute die zwei Plakatwände an der Vorderseite des Hauses mit neuen Slogans. Erste Aktion in der Flora-Aktionswoche: Verhandlungsangebot der Flora an das Altonaer »Rathaus« 50 - 60 Leute versammelten sich, teils reizend kostümiert, am 27.2.2001 zur ersten Aktion in der Flora-Aktionswoche, um den Besetzern des Altonaer »Rathauses« ein Verhandlungsangebot zu unterbreiten ... Das Motto für die Kostümierung der Flora-SympathisantInnen – »Bahn und Reisen« – war nicht ohne Hintergedanken ausgewählt. War doch das Altonaer Rathaus einst ein Bahnhof. Missbraucht würde das stattliche Gebäude derzeit vom Bezirksamt Altona, das es besetzt hielte und eine Nutzung als Bahnhof verhindere. Als letzten Ausweg, eine Räumung zu verhindern, wurde der Entwurf eines Vertrag zwischen Flora und Bezirksamt präsentiert. Verschiedene Redebeiträge erläuterten die Flora-Position zum Missbrauch des eigentlichen Bahnhofes und natürlich zur aktuellen Debatte um einen Vertrag für die Rote Flora. Schlieflich überbrachte eine Delegation der Flora-UnterstützerInnen Bezirksamtsleiter Uwe Hornauer persönlich eine Resolution, die er im starken Konfetti-Schauer dankend annahm. Nachdem die Forderungen noch ans »Rathaus« angeschlagen worden waren, zogen alle geschlossen zum neuen Altonaer Bahnhof, dort wurde die Demo aufgelöst..

Demonstativer Jubelumzug

Unverträgliche Flora-Demo zu Springer, STEG und Lerchenwache

Ca. 500 Leute demonstrierten am 03.03.01 für die Unverträglichkeit und Unverkäuflichkeit der Flora. Auf dem Weg vom Gänsemarkt zur Flora machte der kraftvolle Jubelumzug bei Springer, der STEG und vor der Lerchenwache Halt, um den dortigen Repräsentanten von Hetzpresse, P-Schicht-Wache und Umstrukturierungsgesellschaft ganz besondere Geschenke der Flora zu übergeben. Eisig war das Wetter, und doch war es ein lautstarker Jubelumzug, der die Unverträglichkeit der Roten Flora betonte.

Auch zur aktuellen Entwicklung, dem möglichen Verkauf des Hauses an eine Privatperson wurde Stellung bezogen. Verlesen wurde die Presseerklärung der Flora zum Thema. Am Springerhaus gab einen schwarz-rot-goldenen Scheißhaufen hinreichend bekannte Pressearbeit des Verlages, die Lerchenwache erhielt den goldenen Schlagstock für die rassistischen Polizeiübergriffe im Schanzenviertel, verübt insbesondere von der P-Schicht, und schließlich wurde der STEG ein Standortwichtel in den Nationalfarben übergeben. Eine Open-Air-Vokü am Seiteneingang der Flora beendete den demonstrativen Jubelumzug.

Wider die Entartung des sozialen Organismus

Wenn sich Autonome über Anthroposophen lustig machen, erzählen sie Witze wie „Woran erkennt man einen Waldorfschüler beim Bankraub? - Die Maske ist aus Holz geschnitzt.". Wenn hingegen Anthroposophen über Autonome Witze machen, sagen sie, die Rote Flora sei ein „Kraftort, der Energien bündelt" und ein Ort, in den man „hineinhorchen" müsse. Weil darüber aber niemand lacht, machen die Erzähler schlechter Witze dann schnell ernst. Im konkreten Fall kauft so ein anthroposophischer Spaßvogel zum Beispiel die Rote Flora der Stadt ab. Noch ist nicht abgemacht, wer zuletzt am besten lachen wird, doch klar ist, daß mit dem Verkauf an eine Privatperson die Stadt die Auseinandersetzung um den Fortbestand der Roten Flora nicht abgeschlossen, sondern lediglich vertagt hat.

Bereits Anfang Februar deutete sich an, daß die Stadt das „Problem" Flora mit einer Räumung der ganz anderen Art entsorgen will. Mit dem bislang nicht öffentlich in Erscheinung getretenen Immobilienunternehmer Klausmartin Kretschmer bot sich ein williger Vollstrecker der Strategie des langen Atems an. Nimmt man der Flora das Feindbild „Staat", so das Kalkül der Politik, wird das ohnehin in die Jahre gekommene Projekt langsam wieder im Sumpf des alltäglichen Orgaeinerleis versacken. Irgendwann locken dann die finanziellen Versprechungen des privaten Neubesitzers, dann wäre die Flora endlich auf den Weg des normalen Kulturtreffs gelockt. Nicht ohne programmatischen Eifer verkündet Kretschmer in der BILD. „Ich will den Ort befrieden.". In der WELT umreißt Kretschmer das dazugehörige Szenario:„Wir wollen weder etwas verändern noch in irgendeiner Form auftreten. Wir warten einfach ab, wie es sich entwickelt. (..) Wenn die Nutzer bauliche oder organisatorische Änderungswünsche haben, kann darüber gesprochen werden.". In der BILD vom gleichen Tag ergänzte er:„... auch die Floristen werden älter, bekommen Kinder.". Gleichzeitig stellt er im ABENDBLATT klar:„Nicht daß wir uns falsch verstehen: Ich bin kein Spinner.", denn der WELT wiederum erklärt er„daß es für die Stadt problematisch wird, wenn die Situation im Schanzenviertel weiter entartet(!)". Aus der Sicht des bekennenden „Rudolf-Steiner-Sympatisanten" (WELT) läßt sich diese Entartung mit einem probaten Mittel kurieren: Geld. In der BILD erläutert Kretschmer, nachdem wir dort über ihn erfahren, daß er blond, mittelgroß und ein elf Jahre altes Auto fährt: „Geld ist der Blutkreislauf des sozialen Organismus." Diesen originell referierten Gedanken, der in anderen Kontexten als Grundprinzip kapitalistischer Verwertungslogik hier und da Erwähnung fand, präzisiert der offenbar kardiologisch interessierte „wirtschaftsintellektuelle Immobilienfreund" (so das ABENDBLATT) in eben jenem ABENDBLATT: „Ich betrachte den Geldkreislauf als Blutkreislauf des sozialen Organismus." Immerhin hat Kretschmer mit diesen auf seinem „cremefarbenen schlichten Sofa" (MOPO) bzw. seiner „weiß leinenen Couch" (ABENDBLATT) vorgetragenen Biologismen bei Hamburgs LokalreporterInnen Eindruck gemacht. Die Charakterisierungen reichen von „Idealist", „Querdenker", „sympathischer Hamburger Unternehmer" bis zu „Hanseat außerhalb jeder Konvention", Kretschmer sei darüber hinaus ein Mensch, „der sich am liebsten gar nicht in der Öffentlichkeit hervortun möchte" (WELT), „die Öffentlichkeit sucht er gar nicht, am liebsten wäre er ganz im Hintergrund geblieben" (BILD), die MOPO erlebt einen „öffentlichkeitsscheuen Mann", während das ABENDBLATT weiß, daß Kretschmer nach dem Motto „Gutes tun im Stillen" handele. Wenn Kretschmers Beteuerungen, er wolle die Rote Flora völlig unangetastet lassen von gleicher Glaubwürdigkeit sind, wie seine angebliche Scheu vor der Öffentlichkeit, die er zwei Tage nach Bekanntwerden seines Deals allen vier großen Tageszeitungen bereitwillig in Interviews garniert mit großformatige Portraitsfotos demonstrierte, weiß mensch, was der Flora in nächster Zukunft ins Haus steht. Nicht ohne Grund weiß die MOPO zu melden, daß Kretschmer in Geschäftskreisen als „eiskalter Geschäftemacher" gehandelt wird. Und schließlich hat Kretschmer weder vor, noch nach dem Kauf bisher das Gespräch mit der Flora gesucht (wobei gutinformierte Kreise verlauten ließen, daß das Interesse an so einem Gespräch bei ca. Null liegt). Sie durften die angeblichen Nichtpläne Kretschmers der Presse entnehmen. Allerdings wird diese Lektüre schon Zweifel an Kretschmers Selbstlosigkeit genährt haben, indem er in der WELT verkünden läßt:„Eine Entwicklung jedoch werde er nicht zulassen, und dann werden seine offenen wachen tiefblauen Augen sehr ernst:'Droge lehne ich total ab. Einen zweiten Fixstern wird es mit mir dort nicht geben'." Damit dementiert er seine eigenen Behauptungen vom angeblichen Erhalt der Unabhängigkeit der Flora im gleichen Atemzug. Deswegen ist die Konfrontation vorgezeichnet, abgesehen von der Frage, ob die FloristInnen einen zweiten Fixstern planen oder nicht. Und wenn sie es täten, was glaubt Kretschmer eigentlich, was er da dreinzureden hätte, ohne damit nicht zielsicher einen Eklat zu produzieren.

Daß dieses Szenario keine Spekulation ist, zeigt sich bei den leerstehenden Riverkasematten am Hafenrand, die Kretschmer kürzlich erworben hat. Das Objekt grenzt direkt an den zukünftigen Park-fiction und Kretschmers erste Tat war das Abholzen von Bäumen. Nachfragen von ParkaktivistInnen, mit wem das abgesprochen sei, beantwortete er mit der Behauptung, das sei mit Leuten aus den angrenzenden Hafenhäusern besprochen worden. Die dementierten auf das heftigste. Alles in allem pflegt Kretschmer also eher eine partielle Scheu vor Öffentlichkeit und zwar dann, wenn es um die praktische Umsetzung seiner Pläne zu gehen scheint. Bisher scheint diese Form von Politik nach alter Gutsherrenart von der Stadt gedeckt zu werden.

Im Zusammenhang mit der Roten Flora spricht einiges dafür, daß Kretschmer damit nicht weit kommen wird. Denn selbst wenn er zunächst taktische Zurückhaltung üben möchte, wird ihm sehr bald die Springerpressemeute im Nacken sitzen, die unverändert 'unhaltbaren' Zustände in der Flora anzugehen. Und das Lieblingsthema der Rechten vom angeblich „rechtsfreien Raum" Rote Flora wird auch Kretschmer bald in Zugzwang bringen. Denn selbstverständlich werden die publizistischen Wahlkampfhelfer der Law-and-order-Fraktion nichts unversucht lassen, zu beweisen, daß der Verkauf der Flora an Kretschmer ein reines Wahlkampfmanöver des rot-grünen Senats war und nach wie vor nur eine sofortige Beendigung des Projekts Rote Flora die Lösung ist. Letztlich wird dies auch Kretschmers Ziel sein, wenn auch auf eigentlich 'eleganterem' Weg. Wie offensichtlich dies ist, beweist die Tatsache, daß selbst im „Eimsbütteler Wochenblatt" - das bisher nicht als ein Ort tiefschürfender Analysen aufgefallen wäre - festgestellt wird: „Der Immobilienhändler Klausmartin Kretschmer hat die 'Rote Flora' samt Gelände für wenig Geld von der Stadt erhalten. 370000 Mark kostete der Erwerb der 'Roten Flora'. Ein Risiko hat der 'Wirtschaftsintellektuelle' nicht. Sein Kalkül: irgendwann kommen auch die 'Flora'-Nutzer in die Jahre. Und dann kommt die Zeit des Profits für den Investor."

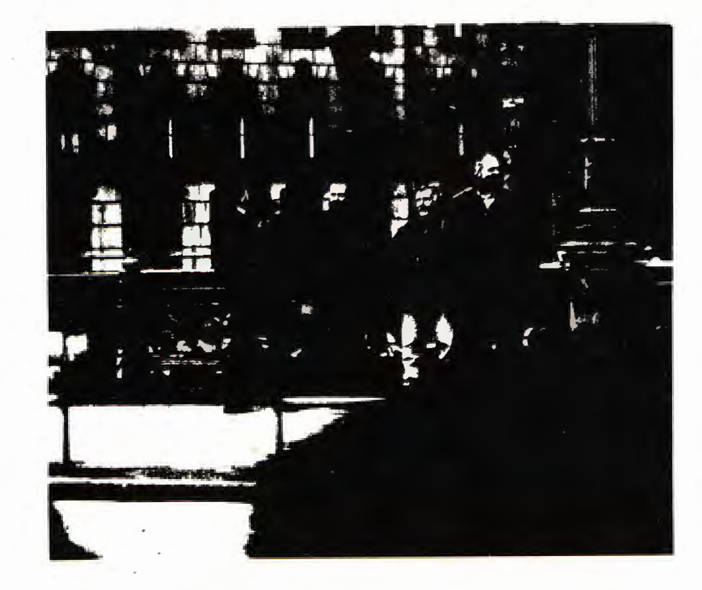
Dem ist nur hinzuzufügen, daß die Rote Flora hoffentlich wie in den letzten zwölf Jahren weiterhin die nötige Resistenz pflegen wird. Praktisch bedeutet dies, Thrombus im Blutkreislauf des sozialen Organismus zu sein; setzt er sich an der richtigen Stelle fest, wird das zu einem manifesten Infarkt führen, um es mal im Weltbild des Klaumartin Kretschmers zu formulieren.

Der Kontaktbereichsautonome

Zivis im Schanzenviertel

Es ist immer wieder faszinierend, mit welchen fadenscheinigen Begründungen der Staat in Gestalt von Bullen resp. Zivis Personenkontrollen durchführt um Leute einzuschüchtern. So geschehen am 22.02.01 abends, Nähe Flora:

Vier auf „autonom" getrimmte Zivis stellten sich als Polizei vor und forderten die Personalien einer Person. Nach dem Grund gefragt gaben sie an, diese Person hätte „eine der Plakatwände vor der Flora mit einem Zollstock ausgemessen". Das ist nun ja kein Straftatbestand, reicht für die Bullerei aber anscheinend aus, um eine Personalienfeststellung zu rechtfertigen, denn „falls auf den Plakatwänden in absehbarer Zeit etwas mit strafrechtlich relevantem Hintergrund (also alles) steht, kommen wir mit fragen auf Sie zurück."
Ein schlechter Einschüchterungsversuch, weil unhaltbar; Schikane deine Gestalt ist Zivi!
Gesetzlich sind Zivilbeamte übrigens verpflichtet auf Nachfrage entweder Dienstnummer oder Namen anzugeben. Nur haben bekanntlich Gesetz und Realität soviel miteinander zu tun wie...
In diesem Fall wurden auf Nachfrage ein Name und zwei Dienstnummern bekanntgegeben: die beiden anderen Zivilbeamten verweigerten sozusagen die Aussage.



Zivilbeamte am Rande der antifaschistischen Gegenkundgebung während des Nazi-Aufmarsches in der Hamburger Innenstadt (17.2)

Ein unaufgeklärter Mord –

Im Zuge einer »groß angelegten Polizeiaktion, also sagen wir mal 'Razzia', wenn sie so wollen« (Herr Petersen, Pressesprecher der Hamburger Polizei) erhielten Wunderbar und Mystery Hall in der Nacht vom 24. auf den 25. Februar Besuch von einer Hundertschaft Polizei und der Hamburger Boulevardpresse. Die Talstraße wurde drei Stunden lang abgesperrt. Ein Sprecher der Polizei berief sich in einer kurzen Ansage auf Ermittlungen zum Mord an Timothy Smart Anfang Januar 2001 und bat um die Mithilfe der Gäste. Die Personalien sämtlicher Anwesender, insgesamt mehr als 200 Personen, wurden computerüberprüft.

Der Aufforderung zur Abgabe von Speichelproben kam ein nennenswerter Anteil der Anwesenden nach, wobei unklar ist, ob und wie deutlich die Polizei darüber informierte, dass die Abgabe von Speichelproben freiwillig ist und nur auf Grund einer richterlichen Anordnung im Einzelfall erzwungen werden kann. Über die Anzahl der Männer, die zum Speicheltest aufgefordert wurden und der Aufforderung folgten, macht die Polizei keine Angaben. Während der weitere Musikbetrieb und Getränkeverkauf in der Wunderbar sofort untersagt wurden, zog sich die Überprüfung hinter Absperrungen auf der Talstraße und bei Minustemperaturen bis kurz vor 6 Uhr hin. Die Atmosphäre war dabei keineswegs so entspannt, wie dies in der Presse dargestellt wurde, sondern durch Druck und Angst geprägt, wie mehrere Gäste der Wunderbar berichteten.
Schwulenrazzien dieser Art und Größenordnung dürften die meisten aus der jüngeren Generation noch nicht erlebt haben - sind älteren Schwulen und Lesben aber durchaus noch bekannt. Massive Polizeikontrollen in Bars und an anderen Treffpunkten gehörten bis weit in die sechziger Jahre zum Alltag in der homosexuellen Subkultur und waren wesentlicher Bestandteil der homophoben Repression.
Die Verunsicherung in der Szene durch die jüngste Razzia ist dementsprechend groß.

Fakten zum Mord

Tim Smart wurde Anfang Januar erstochen in seiner Wohnung aufgefunden. Er war am 7. Januar gegen 6.00 Uhr zum letzten Mal in der Wunderbar gesehen worden, die er allein verlassen hat. Laut polizeilichen Ermittlungen hat er zu einem späteren Zeitpunkt mit hoher Wahrscheinlichkeit an der Reeperbahn ein Taxi bestiegen. Die Polizei geht davon aus, dass Tim seinen Mörder selbst in die Wohnung gelassen hat. Dort fanden sich keine auffälligen Kampfspuren oder Indizien für einen Raubmord.
Selbstverständlich muss Tims Mörder gefunden werden. Die von der Polizei durchgeführte Razzia scheint hierfür allerdings keine geeignete Maßnahme zu sein. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass es in der Talstraße zwei Raubüberfalle mit offenbar anti-schwulem Hintergrund in den drei Tagen vor Tims Ermordung gab, die die Polizei selbst mit dem Mord an Tim in Zusammenhang bringt.
Um so verwunderlicher, dass der Mörder nun unter den Gästen einer Schwulen-Bar oder eines schwulen Pornokinos gesucht wird.
Der kriminologische Sinn der Talstraßen-Razzia - sieben Wochen nach dem Mord - ist für Laien der polizeilichen Ermittlungswissenschaft kaum nachvollziehbar. Es müsste schon ein sehr großer Zufall sein, dass der Mörder sich just an diesem Abend in der Bar oder dem Kino aufgehalten hat.
Wer sagt uns, dass der Mörder überhaupt dort verkehrt? (Tim hat die Wunderbar in der Mordnacht alleine verlassen.) Hätte Tim an dem Abend den Mojo-Club oder das Café schöne Aussichten besucht, wären auch dort Razzien durchgeführt worden?

Homophobe Logik

Der ganzen Rechtfertigung für die Talstraßen-Razzia liegt eine zutiefst homophobe Logik zugrunde: die Konstruktion eines in sich geschlossenen »homosexuellen Milieus«, in dem Verbrechen began-

Razzia & Speichellecken in der Talstraße

gen werden. Tim war schwul, also muss man die Schwulen checken, wenn man was rausfinden will!

Die Vorstellung eines »homosexuellen Milieus«, diesen Begriff benutzen Polizei und (Hetero-)Presse, entstammt dunkler deutscher Vergangenheit. Die vermeintlichen Angehörigen dieses »Milieus« werden kriminalisiert, sie werden zum kollektiven Ermittlungsgegenstand, d. h. in diesem Fall: Die Gäste von Wunderbar und Mystery Hall werden automatisch zu Verdächtigen in einem Mordfall.

So läuft die Ermittlungsarbeit der Polizei offensichtlich unter dem Obertitel »Mord im Homo-Milieu«, obwohl die Polizei selbst durchblicken lässt, dass sie bisher herzlich wenig über den Hintergrund des Mordes weiß. Morde gibt es laut dieser Milieu-Theorie auch im "Dealer-Milieu" oder im "Obdachlosen-Milieu", aber von "Manager-Milieus", "Steuerbeamten-Milieus", "Polizisten-Milieus" haben wir noch nichts gehört, auch nicht von Morden, die einem »Hetero-Milieu« zugeordnet werden und die die Kriminalisierung aller heterosexuell lebenden Menschen nach sich ziehen.

Die Talstraßen-Razzia ist darüber hinaus Ausdruck von Hilflosigkeit und Inkompetenz der Polizei in Bezug auf den aufzuklärenden Mord und Datensammelleidenschaft im allgemeinen. Inwiefern helfen die DNA-Daten einer willkürlich zusammengewürfelten schwulen Menge bei der Ermittlung des Mörders? Was passiert mit den Daten? Gelangen sie vom Ordner der Mordkommission in die Schwulenkartei der Hamburger Polizei?

Daten-Sammelleidenschaft

DNA-Analysen werden von der Polizei seit einigen Jahren als die Ermittlungsmethode schlechthin dargestellt. Spektakuläre Verbrechen, insbesondere Sexualmorde, werden dabei herausgegriffen, um die Akzeptanz solcher Maßnahmen in der Bevölkerung zu erhöhen. Mit einer entsprechenden medialen Inszenierung wird in bestimmten Gruppen oder in einzelnen Orten Druck ausgeübt, an »freiwilligen« Speicheltests teilzunehmen. Dabei werden die wenigen Fälle, in denen ein Speicheltest zur Ermittlung des Täters führt, als Belege für die Richtigkeit dieses Vorgehens angeführt.

Nicht alle zum Kreis der Verdächtigen gehörenden Menschen, der in der Regel ja sehr groß ist, werden aufgerufen, an diesen freiwilligen, d. h. nicht gerichtlich angeordneten Speicheltests teilzunehmen. So wurden 1998 in Bochum mehrere hundert Männer, deren Aussehen eine entfernte Ähnlichkeit mit dem Phantombild eines Serienvergewaltigers hatte, zu einem Speicheltest aufgerufen, während Polizisten, die dem Täterbild ähnlich sahen, davon ausgenommen waren.

Inzwischen werden Speicheltests, die eigentlich nur bei schweren Verbrechen gerichtlich angeordnet werden sollen, auch auf zahlreiche andere Personengruppen ausgedehnt oder sollen ausgedehnt werden: Strafgefangene, Asylbewerber, »Kleinkriminelle«, linksradikale politische Aktivisten.

Letztlich sind DNA-Analysen Teil von Bestrebungen, die darauf abzielen, das Genmaterial der gesamten Bevölkerung zu speichern und für unterschiedliche Zwecke zugänglich zu machen: für Überwachung und Ausbeutung. So hat etwa der Schweizer Pharmakonzern Hoffmann-La Roche jüngst den gesamten Genpool der isländischen Bevölkerung für 300 Millionen Schweizer Franken gekauft. Bereits in den 90er Jahren wurde von Arbeitgebern die Einführung von Gentests bei Einstellungen geplant, um so feststellen zu können, ob zukünftige Angestellte möglicherweise unter Erbkrankheiten leiden. Was damals technisch noch nicht machbar war, ist heute nicht vom Tisch. Gleichzeitig suchen Wissenschaftler - auch in staatlichem Auftrag - nach einem angeblichen "Verbrecher-Gen", "Obdachlosen-Gen" oder auch "Schwulen-Gen".

Grundsätzlich gilt natürlich: Alle digitalisierten Daten können leicht weitergegeben und ausgetauscht werden. DatenschützerInnen haben wiederholt darauf hingewiesen, dass das Sammeln von DNA-Informationen problematisch ist und nur unter bestimmten Bedingungen möglich sein sollte. Dass Polizeidienststellen nicht gerade der Ort sind, an dem Datenschutz groß geschrieben wird, ist als gesicherter Erfahrungswert anzusehen.

Und was passiert, wenn der Mörder trotz der Razzia nicht gefunden wird? Eine zweite Razzia? Und wenn es einen weiteren Mord gibt, dann auch im Salvation, im Café Gnosa und Corny Littmanns Schmidt-Theater?

Früchte der Kooperation

Dass die Polizei so arbeitet, ist an sich bedenklich genug. Gefährlich wird es, wenn diese Denkart eine Basis unter Schwulen selbst findet. Auch Fälle aus Köln und München zeigen, wie »Schwulenbeauftragte« und Homophobie im Polizeiapparat co-existieren: Die einen vertreten eine repressive Linie, die anderen beschwichtigen.

Was die Razzien in Wunderbar und Mystery Hall angeht, scheint die Hamburger Polizei fast ein bisschen stolz auf »ihre Schwulen« zu sein. Diese bedenkliche Kooperationsbereitschaft ist das Ergebnis von zehn Jahren »Vertrauensarbeit« mit den bürgerlichen Schwulenverbänden (z. B. gemeinsame Plakatserie von Hamburger Polizei und LSVD).

Dummerweise fällt die Bilanz aus schwuler Sicht anders aus: Razzia wie früher, Personalienkontrolle wie früher, Zivis in der Szene wie früher - aber alles recht freundlich, alles für einen guten Zweck und Speichelproben bitte freiwillig.

Die Polizei ist zufrieden. Ist es nicht offensichtlich, dass die nächste Schlussfolgerung lauten muss: So was kann man scheinbar ruhig öfter mal machen?!

Und wenn der Wind sich dreht? Wer sagt uns, dass in einem Klima der allgemein zunehmenden Repression gerade die Toleranz gegenüber Schwulen und Lesben überleben wird? Die Berichte der Boulevard-Presse zeigen, dass es auch wieder in die andere Richtung gehen kann.

Nach dem Mord an Tim Smart war die Bereitschaft der Szene zur Mithilfe bei der Aufklärung überragend. Die Reaktion ist eine ermittlungstechnisch höchst fragwürdige Razzia und Zivilpolizei am Tisch neben dir!

die schwule baustelle

Info-Veranstaltung

4. April 2001, 19 Uhr
Hörsaal C, Philospopenturm
Von-Melle-Park 6

»Die Polizei wird Freund und Helfer. Alle wissen: Die Polizei ist zu ihrem Schutz da, und nicht, um sie zu kontrollieren oder zu schikanieren. (...) Tatsächlich können beide Seiten nur davon profitieren, wenn sie mehr voneinander wissen.«
Werner Hinzpeter: Schöne Schwule Welt. Der Schlussverkauf einer Bewegung. Berlin 1997.

»Der Schwulenbeauftragte bewegt sich wie selbstverständlich im Cruising-, Klappen- und im Strichbereich. Nur wenn Homosexuelle mithelfen, Ausbildungsinhalte zu verändern und bereit sind, selbst Polizeiarbeit zu übernehmen, wird sich etwas bewegen. Leider sieht die schwul-lesbische Mehrheit darin keine gesellschaftliche Notwendigkeit...«
Heinz Uth, erster Schwulenbeauftragter der Berliner Polizei

942 – keine Festnahme unter dieser Nummer!?
(Teil 1)

Seit 1990 existiert in Hamburg eine „Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit", die der Bereitschaftspolizei zugeordnet ist. Sie ist der 4.Hundertschaft angeschlossen und bildet dort den 2. Zug, woraus sich die Kennung 942 ergibt (die 9 steht für die Bereitschaftspolizei). Die Gründung der 942-Einheit geht auf die polizeilichen Erfahrungen mit (Groß-)Demonstrationen zurück, bei denen es den eingesetzten Kräften der Bereitschaftspolizei nur selten gelang, nach Aktionen, die aus Demos heraus liefen, am Ende der Öffentlichkeit Festnahmen präsentieren zu können. Die Polizei stand vor dem Problem, daß die geschlossenen Einheiten der Bereitschaftspolizei viel zu unflexibel und zu wenig geschult waren, gerichtverwertbare Ergebnisse zu produzieren.

In der Praxis lief das für die Polizei meist so ab: im Rahmen einer größeren Demo mit etlichen tausend TeilnehmerInnen und einem großen „schwarzen" Block wurden irgendwelche Scheiben entglast; einige Bereitschaftspolizisten meinen Leute dabei erkannt zu haben – das meldet der Gruppenführer dem Zugführer, der reicht es an den Hundertschaftsführer weiter. Letzterer muß dann mit der Einsatzleitung Rücksprache halten, ob es einsatztaktisch gerade opportun ist, vermeintliche TäterInnen abzugreifen. Dabei muß die Einsatzleitung abwägen, ob es nun eine besonders gute Idee ist, z.B. mitten in der Innenstadt in eine Demo reinzurockern, um einige Leute festzunehmen und damit möglicherweise für eine Eskalation der gesamten Situation zu sorgen. Das Ende des polizeilichen Funkkonzerts war dann oft, daß bis auf weiteres Maßnahmen zu unterlassen waren. Sollten dann in einer „günstigeren" Situation doch noch Fetsnahmen gelingen, waren die Ergebnisse am Ende nicht wesentlich effektiver, denn die Ausagen der Bereitschaftspolizisten und deren Zeugenberichte sowie die Frage der sicheren Wiedererkennung waren meistens haarsträubend mies.

Um diesen aus polizeilicher Sicht Mißstand zu beenden, wurden bundesweit Überlegungen zur Schaffung von Spezialeinheiten angestellt, die für mehr Effektivität bei der Festnahme sorgen und vor allem die spätere Verurteilung von „gewälttätigen Störern" sicherstellen sollten. In Hamburg wurde zu diesem Zweck besagte 942 aufgebaut, ihre ersten Einsätze hatte diese Einheit dann Anfang 1991 während der damaligen Golfkriegsdemos. Ein Teil der 942-BeamtInnen ging in der Demo in Zivil, d.h. in szenetypischen Aussehen mit. Ausgerüstet mit verdeckt getragenen Funkgeräten hielten sich die BeamtInnen im der Nähe von Zusammenhängen/-Gruppen auf, die Rahmen einer Vorfeld-aufklärung als „potentielle Störer" erkannt wurden. Außerhalb wird die Demo von weiteren Aufklärungskräften begleitet, die zusätzlich mit Foto- bzw. Videokameras ausgerüstet sind, und deren Aufgabe es ist, mögliche Aktionen und vor allem die daran Beteiligten abzufilmen. Weiterhin halten sich mit entsprechenden Dokumentationsmöglichkeiten 942-BeamtInnen an Örtlichkeiten auf, an denen aus polizeilicher Sicht u.U. Aktionen laufen könnten (Banken, Konzernfilialien, Behörden u.ä.). Diese Orte im Zusammenhang mit einer Demo werden nach einem Raster von sogenannten „Bezugs-, Symbol-, Ausweich- und Ersatzobjekten" bestimmt. Die Observations-kräfte nun beobachten und begleiten die Demo, sie sind geschult, sogenanntes „Tat und Täterverhalten" frühzeitig zu erkennen, um es entsprechend beobachten und dokumentieren zu können. Da die 942-Einheit eigenständig und flexibel im Demogesche-hen agieren kann, hat sie die Möglichkeit, immer auch an Kleingruppen dranzubleiben, die sich z.B. kurzfristig von der Demo lösen. Sollte dann tatsächlich etwas vor den Augen oder den Linsen der 942 passiert sein, was eine Festnahme rechtfertigt, ist es ganz in das Ermessen der Einheit gestellt, wann das läuft. Grundsätzlich wird die Einheit bestrebt sein, nach Beendigung der Demo zuzugreifen. Dazu werden vermeintliche TäterInnen lückenlos observiert, die 942 entscheidet dabei selbständig, auf wen sie sich konzentriert, da es ihnen nicht auf viele Festnahmen sondern auf Festnahmen ankommt, bei denen sie glauben, gerichtsfeste Beweise zu haben. Erfahrungsgemäß ist nach der Auflösung einer Demo die Zugriffsmöglichkeit für die 942-Einheit sehr günstig: weil eben alle glauben, jetzt sei es vorbei, ist die Aufmerksamkeit für polizeiliche Aktivitäten gering. Zudem bieten versprengte Gruppen auf dem Nachhauseweg kaum Schutz gegen eine Festnahmeaktion. Und schließlich kommt hinzu, daß eine Festnahme sogar erst Tage oder Wochen nach der eigentlichen Demo laufen kann, da die 942 ihre Observationen auch über den eigentlichen Tag einer Demo im Bedarfsfall ausdehnt. Ist sich die Einheit z.B. sicher, daß sich eine Person, die sie im Zusammenhang mit einer Demostraftat festnehmen will, im Floraumfeld aufhält, wird sie diesen Bereich entsprechend auch Tage nach einer Demo observieren, um zu einer Festnahme zu kommen.

Die Festnahmen erfolgen in der Regel durch die uniformierten Kräfte der 942, die ziemlich martialisch aussehen, da sie gut gepanzert sind – sie tragen keine Schutz-schilder und sind in der Regel wegen des nicht unbeträchtlichen Anteils von Observationen im Rahmen ihrer Einsatztä-tigkeit meistens auch vermummt (und werden deswegen oft mit dem MEK verwechselt, siehe dazu ZECK Nr. 96). Nach der Festnahme läuft ein genau entwickeltes Szenario der Beweissicherung ab. Es wurde in Zusammenarbeit mit StaatsanwältInnen und polizeilichen Rechtsexperten in Schulungen entwickelt und soll sicherstellen, daß die 942-BeamtInnen später in einem Gerichtsverfahren eindeutige „Beweise" präsentieren können. Ebenso werden sie auf die Befragung durch AnwältInnen der Beschuldigten vorbereitet, um sich nicht verunsichern zu lassen. Alles in allem soll am Ende eine Verurteilung stehen.

(Fortsetzung in der nächsten ZECK Nr.98)

Harry Klein



Dokumentation:

Castor stoppen! – Den Preis in die Höhe treiben!

Anlässlich des bevorstehenden Castortransportes von La Hague nach Gorleben Ende März 2001 haben wir heute am 14.3.01 im Hamburger Stadtgebiet unter mehreren Fahrzeugen des HEW und der Deutschen Bahn Feuer gelegt.

Zum Atomkonsens: Die sogenannte Atomkonsensvereinbarung zwischen Bundesregierung und Atomindustrie bedeutet nicht den „Ausstieg aus der Atomwirtschaft", sondern ist ein Übereinkommen um in Deutschland weiter profitabel Atomstrom zu produzieren. Es wurden nicht nur übertragbare Laufzeiten für AKW`s vereinbart, sondern auch neue Möglichkeiten geschaffen, einen reibungslosen Weiterbetrieb von AKW`s so einfach wie möglich zu machen. Dazu gehört:

• dass die Wiederaufbereitung abgebrannter Brennstäbe weiterhin als Entsorgungsnachweis anerkannt wird

• dass die Einrichtung sogenannter Interimslager und standortnaher Zwischenlager den Atomkonzernen über das ungelöste Transportproblem hinweghelfen soll (alleine 13 neue Zwischenlager dieser Art sind inzwischen beantragt).

Ein Dreivierteljahr nach der sogenannten Atomkonsensvereinbarung sollen nun die seit 1998 ausgesetzten Castortransporte wieder aufgenommen werden. Zwar hat sich an den Gründen für die damalige Entscheidung bis heute nichts geändert. Im Atomkraftwerk Philippsburg gelang es bei drei Versuchen nicht, die vorgeschriebenen Grenzwerte bei der Verschliessung der Castorbehälter zu erreichen – aber die Atomindustrie gerät unter Zugzwang. Die Abklingbecken quellen über, die genehmigten Zwischenlagerkapazitäten sind insbesondere bei den vier AKW`s der Hamburger Region nahezu ausgeschöpft, und die Betreiber bleiben auf ihrem radioaktiven Müll sitzen. Eine Abschaltung einzelner AKW`s liesse sich eventuell bald nicht mehr vermeiden.

Zur HEW: Massgeblichen Anteil am Zustandekommen des „Atomkonsenses" hatten die HEW, welche aktuell über den Kauf der ostdeutschen VEAG, Laubag und Mibrag zum Sprung ansetzen, zur Nummer 3 der deutschen Energiewirtschaft aufzusteigen. Eine Übernahme der Berliner Bewag steht bevor, ist im Augenblick aber noch durch den Einspruch eines Mitbewerbers blockiert. Die HEW haben über ihre Beteiligung an vier AKW`s einen Atomstromanteil von 75% und sind seit dem Jahr 2000 zu knapp 75% im Besitz des schwedischen Konzerns Varttenfall. Die HEW haben sich immer als entschiedene Befürworter der Nutzung von Atomenergie gezeigt. Eine 1992 in der Satzung verankerte Verpflichtung zum Ausstieg aus der Atomstromproduktion änderte daran nichts. Die HEW stellten sich weiterhin an die Spitze derjenigen, welche einen langfristigen Weiterbetrieb der AKW`s zum Ziel hatten und verschwiegen z.B. konsequent, dass bei dutzenden Atomtransporten in den 80ern und 90ern aus „ihren" AKW`s nach La Hague die Grenzwerte für Kontamination überschritten wurden. 1999 beklagte HEW-Chef Timm die schlechte Vorbereitung der anderen Atomkonzerne auf die bevorstehenden Verhandlungen mit der rot-grünen Bundesregierung und profilierte sich als „Gesprächskoordinator der Atomwirtschaft" zu Beginn der Konsensverhandlungen mit Statements über den „demokratischen Unsinn und die ideologische Fehlleistung" eines Ausstiegs aus der Atomstromproduktion. Auch die Idee, eine Übertragbarkeit der AKW-Laufzeiten festzuschreiben geht mit auf ihn zurück. Einer seiner Leitsprüche lautet: „Die AKW`s sind unsere strategische Überlebenswaffe."

Zum Hamburger Strommonopolisten wurden die HEW 1937 durch das Gross-Hamburg-Gesetz der Nationalsozialisten. 1943 wurden sie als „Kriegsmusterbetrieb" ausgezeichnet. Hunderte Gefangene aus dem KZ Neuengamme wurden in den Aussenlagern von den HEW als ZwangsarbeiterInnen ausgebeutet. Viele überlebten die Zwangsarbeit nicht. Noch in den 80er Jahren lehnten die HEW eine Entschädigung dieser ZwangsarbeiterInnen ab unter Berufung auf das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" der Nationalsozialisten, wonach ZwangsarbeiterInnen zu keinem Zeitpunkt Beschäftigte des Unternehmens gewesen seien. Erst nach jahrelangem Druck der Überlebenden erklärten sich die HEW 1995 zu einer Beteiligung am Fonds der „Stiftung zur deutsch-polnischen Aussöhnung" bereit und spendeten einen geringen Beitrag von wenigen Millionen DM. Angeblich beteiligen sie sich, nach anfänglicher Weigerung, auch an der aktuellen Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft. Nach wie vor weigert sich die Stiftungsinitiative mit immer neuen Vorwänden, endlich mit der Auszahlung zu beginnen. Die vereinbarten 5 Milliarden DM – jämmerlich wenig – der Wirtschaft sind noch nicht einmal gesichert.

Auch an anderen Punkten machen die HEW klar, dass sie für Profit über Leichen gehen. Für die Reinigung der Kessel ihrer Müllverbrennungsanlage engagieren sie über Leiharbeitsfirmen Malocher, die für 10,-DM die Stunde ohne ausreichende Atemschutzmasken und andere Schutzvorkehrungen hochtoxische Schlacke aus den Kesseln entfernen. Schwere Gesundheitsschädigungen sind unvermeidlich, nach Presseberichten leiden Arbeiter an Vergiftungen.

Und neuerdings werden alle Dienstgebäude der Hamburger Polizei von der HEW-Contract-GmbH gemanagt, Wartung, Betrieb und Instandhaltung übernommen.

Zur Deutschen Bahn: Ohne die Bundesbahn wären die Castortransporte undurchführbar. In der Vergangenheit wurde sie deswegen mit verschiedensten, auch militanten Aktionsformen angegriffen. Das wird sich fortsetzen, solange Atomtransporte von der Bahn durchgeführt werden.

Es gibt viele gute Gründe, HEW und Deutsche Bahn anzugreifen!

Für die Stillegung der HERRschenden Klasse!

Für die sofortige Zahlung von Entschädigungen an ehemalige ZwangsarbeiterInnen!

Freiheit und Kraft für Axel, Harald, Matthias und Sabine, denen ab dem 22.3.01 der Prozess wegen Mitgliedschaft in den RZ in Berlin gemacht wird!

(Genervte Anmerkung des Setzers: GenossInnen, wenn ihr wieder mal ne Erklärung schreibt, dann sorgt bitte für Leserlichkeit! Euren Text abzutippen war ne absolute Zumutung!! Oder wollt ihr gar nicht, dass irgendwer das liest?!)



ZURÜCK in die ZUKUNFT

Die Linke und »1989«

Für die bundesdeutsche Linke markiert 1989 einen Einschnitt. Das hat sicherlich mit historischen Ereignissen zu tun, wie etwa dem Verschwinden der alten Bundesrepublik und dem Verschwinden der DDR. Aber eigentlich ist »1989« ein Chiffre für Umbrüche und Prozesse, die vor, während oder nach 1989 passierten, und an denen wir bis heute zu knabbern haben. Vor allem steht »1989« symbolisch für das Ende der Nachkriegsordnung, den Sieg des Kapitalismus und den Niedergang des Sozialismus. Und auch jenseits der Ebene »großer Politik« werden grundsätzliche Fragen nach Zielen und Begründungen linker Politik seit plusminus zehn Jahren neu gestellt; Antworten zu finden ist dabei nicht gerade einfacher geworden. Uns fehlt ein Austausch über diese Veränderungsprozesse. Deshalb wollen wir uns abseits von alltagspolitischen Zwängen Zeit nehmen um zu diskutieren, was mit »uns« und »unseren« einstigen Ideen und Aktionen passiert ist und welche Konsequenzen das auf linke Gegenwart hat. Dazu drei Stichworte:

Where Have All The Flowers Gone?

**Zugegeben: irgendwie war es auch beruhigend zu wissen, daß es einen Hauptwiderspruch gibt. Zwar war der real existierende Sozialismus für viele Linke seit eh und je unattraktiv. Trotzdem war er eine immerhin existierende reale Alternative zum Kapitalismus. Jetzt sieht es so aus, als hätte der Klassenkampf mit dem Zerfall des sozialistischen Staatensystems als politische Strategie ausgedient – und damit auch ein Fundament linker Utopie. Auch die Hoffnungen, die die Linke in die Revolutionen nationaler Befreiungsbewegungen gesteckt hatte, erwiesen sich als trügerisch. Da viele linke Ansätze und Utopien außerdem an gravierenden »blinden Flecken« krankten, rückte die Analyse ehemaliger sogenannter Nebenwidersprüche wie Rassismus und Sexismus ins Zentrum linker Aufmerksamkeit; allerdings ohne daß »die Klassenfrage« beantwortet wäre.
Revolutionäre Subjekte sind schon lange nicht mehr eindeutig auszumachen. Und den sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen ist es bislang auch nicht gelungen, die Machtverhältnisse grundlegend in Frage zu stellen. Sicherheit darüber, welche gesellschaftlichen Gruppen heute mögliche AkteurInnen einer emanzipativen Politik sein können, haben wir nicht; eine für alle verbindliche Analyse von Herrschaftsstrukturen gibt es nicht mehr.**

Fehlt uns eine gemeinsame Utopie? Oder sollten wir froh sein, den Ballast überkommener Utopien abgeworfen zu haben? Was heißt das für die Analyse von Herrschaftsverhältnissen?

Alles nur geklaut

Autonomie, Kollektivität und Selbstbestimmung waren wichtige Begriffe, mit denen die neue Linke gegen Unterdrückung, Entfremdung und Unterordnung angetreten war. Hierarchischen Arbeitsverhältnissen wurden egalitäre Kollektive entgegengestellt, der Vereinzelung im Alltag die kollektiven Wohnformen. Gegen autoritäre Kadermodelle der K-Parteien, aber auch gegen pluralistische Demokratiemodelle wurde der Begriff »Autonomie« mobilisiert. Heutzutage feiern Autonomie, Selbstbestimmung und Kollektivität dort Erfolge, wo man es am wenigsten vermutet hätte. Die Idee der Autonomie wird in Outsourcing und Profitcenters transformiert, und »flache Hierarchien« sollen die Arbeit effektiver und flexibler gestalten. Selbstverantwortliche Teams ersetzen den »fordistischen Massenarbeiter«. Klar scheint: Manche linke Konzepte taugen problemlos zur Effektivierung von Ausbeutung und Unterdrückung.

Was bedeutet dies für die Ideen und Begriffe der Bewegungen der 70er und 80er Jahre? Waren sie vielleicht immer schon viel problematischer, als die Linke ahnte? Oder hat sich nur eine »falsche« Interpretation dieser Begriffe durchgesetzt?
Und wie steht es um den einst zentralen Begriff »Kommunismus«, der heute manchmal beinahe schon anstößig geworden zu sein scheint? Was verbinden wir heute noch damit? Womit wollen wir ihn füllen und womit wollen wir ihn auf jeden Fall nicht mehr füllen?

Private Eye

Die Parole »Das Private ist politisch« ermöglichte es nicht nur in der Frauenbewegung, die eigenen Erfahrungen zum Ausgangspunkt politischer Intervention zu machen. Sie ließ deutlich werden, dass Unterdrückung nicht einfach eine abstrakte Funktion der politischen Ökonomie ist. Erst mit einer solchen Strategie konnte es gelingen Sexismus und Rassismus als eigenständige Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnisse auf die politische Agenda zu setzen. Eine solche Strategie ermöglichte auch die Erkenntnis, dass sich die Herrschaftsverhältnisse nicht nur im Großen, sondern gerade auch im Kleinen reproduzieren und folglich auch dort bekämpft werden können. Die »Politik der ersten Person« versuchte genau dort anzusetzen. Aber der Versuch, »das richtige Leben im Falschen« zu führen, zeigte auch seine repressiven Schatten. Der Betroffenheitsimperativ stieß an Grenzen, die Politisierung des Privaten wurde zur Privatisierung von Politik. Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit führte individuell oft zum Ausstieg aus der Bewegung.

Wie müsste heute eine Politik aussehen, die an den eigenen Lebensverhältnissen ansetzt? Ist der Versuch, die politischen Ideale im unmittelbaren Nahbereich umzusetzen, heute noch attraktiv? Ist sie sinnvoll? Gibt es eine Politik, die von unseren unterschiedlichen Erfahrungen und Lebensverhältnissen ausgehen kann, ohne diese Unterschiede festzuschreiben?



In die Suppe gespuckt

In der März Ausgabe der ZECK (Nr. 96) fand sich ein Vorstellungstext des neu entstehenden »Cafe Niemandsland«. Wir, die Montags-Fokü, fühlen uns von einigen Äußerungen im Text angegriffen und möchten nun, auf diesem Weg, noch einmal dazu Stellung beziehen.

»Noch einmal« meint hier, dass Menschen des Cafe schon persönlich angesprochen worden sind, wir aber den werten LeserInnen unser Statement zu einigen Aussagen in diesem Text nicht vorenthalten wollen. Vielleicht sind wir in der Intention der AutorInnen nur als symbolisches Beispiel für (post-?) autonome Zusammenhänge insgesamt gemeint, was unsere Motivation, dem zu entgegnen, aber nur bestärken würde.

Der Text des Cafe Niemandsland ist überschrieben mit den Forderungen nach einem »offenen politischen Cafe in der Roten Flora« und nach »mehr Öffentlichkeit in öffentlichen Räumen«. Diese Forderungen, auf denen sich das Cafe-Konzept (s. ZECK #96) aufbaut, verdeutlichen ein bestimmtes Verständnis der Florastrukturen, das wir so nicht teilen (dazu weiter unten). Den Anfang des Textes macht eine kleine, traurige Geschichte über Anna (bzw. Arthur), die politischen Anschluss sucht, in die Mo-Fokü kommt, alleine ist, scheinbar ignoriert wird und zu guter Letzt auch noch das Gefühl hat, »dass über sie geredet wird«. Deswegen ist Anna verunsichert. Diese Eingangsgeschichte endet mit einem „Stop!", dann folgt die Selbstdarstellung. Die Aussage ist subtil, aber deutlich: wir machen's besser, offener, ehrlicher! Dazu passt die wiederholte Distanzierung in einer der Zwischenüberschriften: „Wir sind nicht die dritte Vokü-Gruppe". Später im Text wird das Cafe zudem noch als Ort vorgestellt, an dem Menschen u.a. die Möglichkeit gegeben werde »die Flora mal in einer netten Atmosphäre anzuschauen« (sic!). (Unserer Ansicht nach gibt es durchaus mehrere regelmäßige Veranstaltungen in der Flora, die Atmosphäre haben und schaffen).
Zum einen finden wir es scheiße, dass sich ein neues Projekt – dessen Initiative wir sehr begrüßen! - auf Kosten einer bereits bestehenden Flora-Gruppe, hier der Mo-Fokü, profiliert, Position bezieht und ihre Legitimation/Notwendigkeit erklärt. Es gibt genug bessere, inhaltliche Gründe für die Idee eines solchen Cafes als die praktischen, allwöchentlichen Probleme einer Koch-Gruppe. Das muss einfach nicht sein!
Zum anderen zielt die konkrete Inbezugnahme auf die Mo-Fokü mit ihrer interpretierbaren Kritik auf einen Anspruch, der unserer nicht ist. Weder sind wir Kontakt-Börse, noch Flora-Rezeption mit Info-Counter. Wir organisieren ein kleines Stück Infrastruktur für hungrige Menschen, mit Geld oder ohne, szeneintern eingebunden oder nicht, mit Suchtgefühl wonach auch immer. In diesem Rahmen ermöglichen und unterstützen wir, wie andere Projekten und Orte auch, die Bildung und Veränderung kommunikativer Strukturen und Netze. Bei aller Offenheit nehmen wir für uns allerdings nicht in Anspruch diese zu schaffen (geschweige denn diese auf eine ausreichende Zugänglichkeit hin zu kontrollieren) und die Menschen einzeln zu aktivieren. (Auch wir bestreiten nicht im Mindesten, dass vieles schief läuft zwischen all diesen roten Fäden, das soll hier aber nicht Thema sein.) Zweifelsfrei gibt es immer wieder Menschen, die daran scheitern, sich in diese Netze einzuhängen, weil sie die Regeln und die Sprachcodes nicht genau kennen, die Berührungsangst sie hindert oder sie den falschen Anzug tragen. Das passiert in der Flora selbstverständlich genauso wie irgendwo anders in (post-) autonomen Zusammenhängen und darüber hinaus. Soll dem entgegen gewirkt und möglichst vielen potentiellen Teilnehmenden ein sozusagen „niedrigschwelliger Zugang" geboten werden, muss Schnittstellen-Management gegenüber anderen kommunikativen Grüppchen betrieben werden – durchaus ehrenwerte Arbeit, aber nicht unsere. (Doch auch »wir Autonomen« sollten uns immer wieder an die Nase fassen und gucken wie wir Offenheit leben und wo zum Beispiel die Schere in den Köpfen bei vermeintlichen Spitzeln sinnvollerweise anzusetzen ist.)

Nach unserer Wahrnehmung ist dies in Verbindung mit einer praktischen Kritik an traditionell-autonomen Zusammenhängen vielmehr eine der Zielsetzungen des Cafe Niemandsland, was wir für unterstützenswert halten. Viel und einiges Gutes ist geschrieben worden über den Niedergang der Szene, das Scheitern der „autonomen Bewegung" und ihrer Konzepte. An Konkretem passiert, ist aber nicht viel seitdem: „Wir" wurschteln unserer Wege, üben stilsicher postautonome Selbstkritik, haben postmoderne Ideen und Ästhetik aufgenommen, aber umgesetzt...?
Auch gute Ideen von großen Veränderungen haben einen kleinen Anfang. In diesem Sinne unterstützen wir den Ansatz des Cafe`s durch Zusammenarbeit und gelegentliche Hilfe, auch wenn wir uns weiterhin gegen die genannten Vorwürfe wehren.

An dieser Stelle bleibt für uns noch eine Bemerkung zu Linksruck. Das Cafe Niemandsland fordert „mehr Öffentlichkeit in öffentlichen Räumen" und meint damit ganz offensichtlich die Flora. Unter Inbeispielnahme von Linksruck (!) und deren Expansion in den letzten Jahren wird die „Notwendigkeit von mehr Offenheit" festgestellt, um diese Entwicklung nachzumachen. Schließlich gingen die Engagementwilligen nicht aus Überzeugung zu Linksruck, sondern weil ihnen dort „unkompliziert" Partizipationsmöglichkeit geboten würde und sie sich nicht „abchecken" lassen oder einem Spitzelverdacht aussetzen müssten.

Nicht nur die kritiklose Bezugnahme auf eine Organisation wie Linksruck halten wir für höchst problematisch. Ohne den Cafe-Machenden eine Nähe zum LR-Konzept zu unterstellen, so finden wir und wollen betonen, dass es zwischen dem LR- und dem Flora-Spektrum immer noch deutliche Unterschiede bestehen: LR ist eine oberflächliche, populistische, streng hierarchische, massenorientierte Organisation, die keinerlei emanzipativen Inhalte vertritt und deren aggressive Anwerbe-Praktiken uns mehr als suspekt erscheinen. Diese Vorgehensweise erklärt unserer Ansicht nach auch die zahlenmäßige Expansion der Organisation.

So stellt sich für uns die Frage, inwieweit Öffentlichkeit in diesem Sinne (die bspw. die Öffnung von internen Strukturen bedeutet) tatsächlich wünschenswert sein kann - zumal für ein Projekt wie die Flora, das unter bestimmten repressiven Bedingungen stattfindet. Ohne die Frage umfassend beantworten zu wollen, finden wir, dass die Flora kein öffentlicher Raum ist, in dem Parteien für sich Werbung machen oder Mitglieder rekrutieren können. Auch sollen nicht irgendwelche Strukturen offengelegt werden. Unter anderem gelten damit in der Flora bestimmte (informelle) Regeln.

Die Flora ist offen für viele und dass muss so bleiben (bzw. sich verbessern). Aber sie ist eben kein beliebiger, öffentlicher Raum, indem alle machen, was sie wollen – und das ist gut so.

OHNE MAMPF KEIN KAMPF!!!

Einige der Mo-Fokü

Rückgrat läßt sich nicht brechen

Weg mit der Beugehaftandrohung gegen Uelzener Antifa

Am 13. Juni 2000 trafen sich etwa 15 Antifas in Rosche, einem Ort im Landkreis Uelzen, der zu dieser Zeit wegen vermehrter rassistischer Übergriffe von sich Reden machte. So versuchten etwa 20 Neonazis und rechtsorientierte Jugendliche am 17.Juni 2000 das örtliche Flücjtlingsheim zu übrfallen. Die beteiligten AkteurInnen der lokalen rechten Szene „zogen vor das Haus, riefen rassistische Parolen und bedrohten die AnwohnerInnen. Als sie den Versuch unternahmen in das Haus einzudringen, stellten sich ihnen einige Menschen entgegen." Durch den, für sie unerwarteten Widerstand ließen die Nazis von ihrem Angriff ab und zogen sich zurück. Aufgrund dieser Vorfälle versuchte die Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen mittels täglicher Präsenz, den Faschisten den öffentlichen Raum streitig zu machen – ein Unterfangen, das mit einem versuchten Mord beantwortet wurde!

An oben genanntem Tag gegen 22 Uhr lauerten einige Neonazis den AntifaschistInnen mit zwei PKWs auf. Nachdem eines der Autos zweimal teilweise sehr dicht und mit hoher Geschwindigkeit die GenossInnen passierte, schien das unterbelichtete Nazi-Ego von dessen Fahrer beachtlich zu wachsen. Er fühlte sich offenbar dazu berufen, Olaf zu überfahren, der zu diesem Zeitpunkt die Straße überquerte. Der Antifaschist konnte sich nur durch einen Sprung zur Seite vor dem herannahenden Fahrzeug retten.

Der Staat – dein Freund und Helfer

Diese Vorfälle wurden von der lokalen Antifa öffentlich gemacht, worauf dir Uelzener Polizei den telefonischen Kontakt mit dem Betroffenen suchte, um ihn zu einer Anzeige gegen den Fahrer des PKW zu bewegen. Olaf kam der „Bitte" der Verfolgungsbehörden nach, was sich aus heutiger Sicht als verhängnisvoller Fehler darstellt.

Nach Aufnahme der Anzeige und Weiterleitung der Unterlagen an die zuständigen Staatsanwaltschaft wurde Olaf am 23. Oktober 2000 zur ersten Vernehmung geladen. Die in diesem Fall vorsitzende Jugendrichterin Nesselhut forderte ihn in selbiger auf, neben einer Darstellung der Geschehnisse auch die Namen von ZeugInnen, sprich die Identität der anderen am Tattag in Rosche befindlichen Antifas zu Protokoll zu geben. Das lehnte Olaf ab, da er befürchtete, daß die Offenlegung ihrer Personalien faschistische Übergriffe nach sich ziehen würden. Zudem wollte er verhindern, daß den Staatsschutzbehörden die Strukturen freiwillig serviert werden, die in antifaschistische Aktionen in der Region Lüneburg/Uelzen involviert sind. Diese partielle Aussageverweigerung quittierte Richterin Nesselhut mit einem Ordnungsgeld in Höhe von 200 DM, deren Verhängung sie mit einer erneuten Forderung nach Preisgabe der Namen koppelte. Sie unterstrich ihre Entschlossenheit mit der Androhung von Beugehaft. Olaf konnte jedoch auch das nicht beeindrucken – er blieb bei seiner Weigerung! Nach einem dritten vergeblichen Versuch entließ das Gericht den Zeugen unter der Ankündigung, daß eine weitere Befragung folgen werde. Sollte Olaf auch bei dieser Vernehmung (sie ist Ende Februar zu erwarten) keine Namen nennen, wird Beugehaft verhängt, das hat sowohl das Gericht als auch die Staatsanwaltschaft bereits angekündigt! Als Extra-Bonbon soll die Erzwingungshaft noch durch ein Ordnungsgeld von täglich 50 DM aufgestockt werden. Olaf wird dennoch sein Maul halten!

Es gibt keine Folter, nur Beugehaft

Der Begriff „Beugehaft" umschreibt eine staatliche Zwangsmaßnahme, die mittels Gefängnis Angaben von ZeugInnen erpressen will, die juristisch kein Recht zur Verweigerung der Aussage besitzen. Lediglich ein verwandschaftliches Verhältnis, der Verheirateten-, Verlobtenstatus zu einem Beschuldigten bzw. eine mögliche Selbsbelastung (§55 Strafprozeßordnung) können ein solches Recht begründen.In allen übrigen Fällen ist menscj zu Aussagen verpflichtet! Wer dazu dennoch nicht bereit ist, soll durch Knast eines besseren belehrt werden. Die in §72 stop festgeschriebenen Maßnahmendürfen in ihrer Anwendung die Dauer von sechs Monaten allerdings nicht überschreiten.

In der Vergangenheit erwies sich die Beugehaft als ein gern genutztes Repressionsinstrument gegen politisch motivierte Aussageverweigerung, die in der linksradikalen Bewegung seit Jahrzehnten propagiert wird. Vor allem in Verfahren nach den §§129/129a (Bildung oder Unterstützung einer kriminellen/terroristischen Vereinigung) wurde sie massenhaft verhängt. Trotz der politischen Intention, die das beschriebene Verfahren in Lüneburg/Uelzen trägt, sowie die Schwere des Tatvorwurfs unterscheidet sich dieser Prozeß in einen ganz entscheidenden Punkt von den bisher gemachten Erfahrungen der radikalen Linken mit Beugehaft: Olaf ist nicht als Zeuge in einem Strafverfahren gegen GenossInnen , sondern als Geschädigter eines faschistischen Übergriffs durch den Angeklagten vor Gericht geladen! Es entspricht schon einer verrückten Logik, daß er anstatt des Täters als eigentlich Betroffener eine massive Kriminalisierung über sich ergehen lassen muß.

Bulle – Buhhhhh

Die in diesem Fall beschriebenen Ereignisse indizieren einmal mehr die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung um den Umgang mit dem staatlichen Repressionsapparat. Dabei zeichnet sich unseres Erachtens nach innerhalb der „Szene" ein ambivalentes Verhältnis zu den Verfolgungsbehörden ab. Während sie einerseits wegen der Verfolgung von MitstreiterInnen abgelehnt und verachtet werden, ist andererseits eine teilweise sehr unreflektierte Nutzbarmachung der Justiz zu verzeichnen, wenn es beispielsweise darum geht, eine Verurteilung von Neonazis zu erwirken. Diese „Instrumentalisierung des Systems" zeugt von einer zu engen Betrachtungsweise, die den Hintergrund völlig ausser acht läßt, unter dem juristische Abläufe von statten gehen. Auch aus unserem Blickwinkel ist es verständlich „Gerechtigkeit" zu suchen. Bedient sich mensch zu diesemZweck aber der Mühlen herrschender Gerichte, brechen unweigerlich Widersprüche zum eigenen linksradikalen Selbstverständnis auf, weil die Berufung auf geltende Gesetze die bestehenden Verhältnisse anerkennt, bestätigt und verfestigt – und das will ja wohl niemand von uns!

Die Suppe gehört ausgelöffelt

Den Angriff gegen Olaf werten wir als kläglichen Versuch der Ermittlungsbehörden, antifaschistischem Engagement beizukommen,das sich nicht im zivilgesellschaftlichen Aufstand der „besseren Deutschen" erschöpft. Nachdem es gelang, die in der Vergangenheit mehrfach getätigten Repressionsbemühungen gegen die linke Szene in Lüneburg/Uelzen abzuwehren, sollten wir nun gemeinsam versuchen, der nahezu unumgänglich erscheinenden Verhängung der Beugehaft solidarisch und entschlossen zu begegnen!

Rote Hilfe Leipzig

Kontakt und Infos über:

Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen, Postfach 1217, 29544 Bad Bevensen, Tel. 0172 4152311



April 2001

ANTISEMITISMUS UND GESELLSCHAFT - ZUR DISKUSSION UM AUSCHWITZ, KULTURINDUSTRIE UND GEWALT

In der Tradition von Adorno und Horkheimer bewegen sich die Autoren von "Antisemitismus und Gesellschaft". Detlev Claussen formuliert den analytischen Kontext der einzelnen Beiträge, von Moishe Postone über Tim Darmstädter bis Moshe Zuckermann, wenn er reflektiert, daß der "Antisemitismus als Orientierungsprinzip" in der "europäischen Gesellschaftsgeschichte verankert" sei. Und das von "Europa aus der dynamische Kapitalismus seinen Siegeszug angetreten und mit ihm sich auch der Antisemitismus weltweit verbreitet" hätte. Wer jedoch hofft Argumente zu finden, nach dem der "böse Kapitalist" mit dem Antisemitismus die "guten Arbeiter" gespalten und verführt hätte, wird enttäuscht werden. Gerade die differenzierten Wechselwirkungen des modernen Antisemitismus in der Moderne bei der Subjekt- und Nationenbildung sind das Thema.

Michael Werz (Hg.) - Verlag Neue Kritik, Frankfurt am Main 1995. 25DM

ANTISEMITISMUS. GESCHICHTE - INTERESSE - AKTUALITÄT

Die Historie, Interessenstruktur und Aktualität des Antisemitismus reflektieren die AutorInnen um Gudrun Hentges, Guy Kempfert und Reinhard Kühnl. Der Sammelband ist in vier Abschnitte gegliedert. Zuerst stellen Ekkehard W. Stegemann und Hans See die Ursachen und die geschichtliche Entwicklung des Antisemitismus von der "christlichen Wurzel des Judenhasses" bis zum "Antisemitismus als nationalsozialistisch-rassistischer Antikapitalismus" dar. Danach greift u.a. Hentges neue Theoriediskussionen auf, in dem sie die oft vernachlässigte Beziehung von Antisemitismus und Antifeminismus aufzeigt. Abschließend stellt Thomas Held die "Kontinuität des sowjetisch-russischen Antisemitismus" dar und Detlev Claussen die Tradition von "Antizionismus und Antisemitismus". Eine gemeinsame Theoriebasis kennzeichnet den Band nicht aus. Stattdessen bestimmt das Nebeneinander verschiedener Analyseansätze das Buch. Die Dominanz des ökonomischen, die in manchen Beiträgen anklingt, regen so dann auch zum debattieren an.

Gudrun Hentges, Guy Kempfert, Reinhard Kühnl (Hg.) - Distel Verlag 1995. 26,80DM

VORANKÜNDIGUNG:
DAS FINKELSTEIN-ALIBI. "HOLOCAUST-INDUSTRIE" UND TÄTERGESELLSCHAFT

Nicht die verweigerten Entschädigungen für die Opfer des Holocaust seien das Problem, behauptet Norm G. Finkelstein in seinem gerade in deutscher Übersetzung erschienenem Buch "Die Holocaust-Industrie", sondern dessen Mißbrauch durch eine geschäftstüchtige "Industrie".
Was ist an dieser Polemik dran? Wie reagiert die Tätergesellschaft darauf? Zwei Fragen mit denen sich die Autoren um Rolf Surmann auseinandersetzen. In dem Sammelband werden einzelne Debatten, wie um die Entschädigung von Surmann oder der des Erinnerns von Lars Rensmann, oder Rezeptionen wie bei der extrem rechten "Jungen Freiheit" von Andreas Speit hinterfragt. Die AutorInnen zeigen auch die unterschiedlichsten Auswirkungen der Finkelstein-Diskussion in der Bundesrepublik auf. Ihr gemeinsames Fazit: Als Alibi wird Finkelstein die weiteren Debatten um Erinnern und Entschädigung mit beinflussen.

Rolf Surmann (Hg.) - PapyRossa Verlag 2001. 28DM

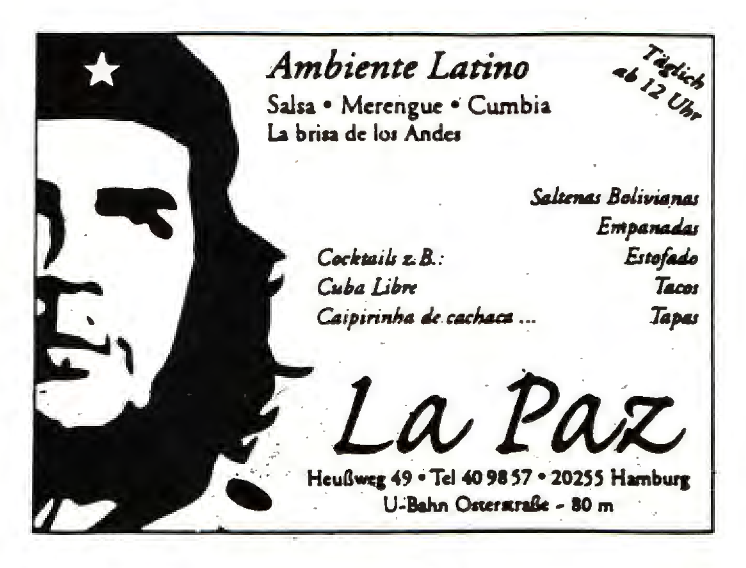
READER ZU ANTISEMITISMUS - KULTURELL, POSTMODERN, LINKS, CHRISTLICH UND DEUTSCH

Im Februar 2000 veranstaltete die Antisemitismus AG der Universität Oldenburg eine Veranstaltungsreihe. In diesem Reader werden die dort gehaltenen Referate dokumentiert. Thema sind unter anderem Antisemitismus in der Linken und das Verhältnis der christlichen Kirchen zum Nationalsozialismus. Besonders hervorzuheben ist der Beitrag von Gerhard Scheit. In der Broschüre sind Auszüge seines Buches "Verborgener Staat - lebendiges Geld. Zur Dramarturgie des Antisemitismus". Scheit vertritt die Ansicht die Imitation der "Juden", sowohl im Alltag als auch in der Hochkultur sei ein wesentliches Moment des Antisemitismus. "Diese physische Form der Projektion" ermögliche es den Antisemiten das Verdrängte zugleich auszuleben und zu verurteilen. Diese These wird in den abgedruckten Auszügen anhand der Musik von Richard Wagner und den Filmen und Theaterstücken von Rainer W. Fassbinder näher ausgeführt.

Antisemitismus AG des Asta der Karl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Kleiner Schäferkamp 46 / 20357 Hamburg / Tel.: 44 60 95 / Fax: 410 81 22

Öffnungszeiten: Mo/Di/Mi/FR 15 - 19 Uhr und Sa 12 - 15 Uhr





ADELANTE

■ Stadt- Nah- u. Fernumzüge ■ Büroumzüge ■ Beiladungen ■ Packservice ■ Behördenabrechnungen ■ Kartonverkauf

BERNSTORFFSTR. 117
22767 HAMBURG
TELEFON & FAX
040/43 25 16 17



Literatur & Politik
Schulterblatt 55
Tel. 040/430 08 08
Fax. 040/430 16 37

Kinderbuch & Pädagogik
Schanzenstraße 6
Tel. 040/430 08 88

Montag - Freitag
9.30 - 18.30

Samstag
10.00 - 14.00

c/o DIE DRUCKEREI
20357 Hamburg

Viel PC für WENIG Geld!

Bücher, Broschüren und Archiv zu folgenden Themen:

- Feminismus • Antifaschismus
- Internationalismus • Europa
- Umstrukturierung • Rassismus und Anti-Rassismus • Patriarchat
- Knast und Repression • Anarchismus
- Kommunismus • Anti-AKW
- aktuelle Infos

Buch- und Infoladen
Schwarzmarkt
Kl. Schäferkamp 46 20357 HH
fon 040 4460[illegible] fax 040 4108122

Mo., Mi., Fr., von 14.00 - 19.30 Uhr
Sa., 12.00 - 15.00 Uhr Jugendtag

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen

Meuchefitzer Gasthof Tagungshaus

im Besitz der Belegschaft

Tagungshaus + Kneipe, Restaurant + kl. Bio-Landwirtschaft mit Tieren + 45 Betten, für Gruppen ab 8 Pers. 15 DM + nur Wochenende 20 DM + Kleingruppen u. Einzelpersonen plus 5 DM + Selbst-, Teil- bis Voll- und Vollwert-Verpflegung möglich. Das Haus ist in 3 abgeschlossene Wohnbereiche für 10-12, 20-22 bzw. 13 Pers. mit jeweils eigenen Küchen und Sanitärräumen aufgeteilt.

29482 Meuchefitz
Haus Nr.19
Tel. (05841) 5977
Fax (05841) 6976

Schwarzer Hahn Lensian



Wendländisches Tagungs- und Gästehaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpfl.
- Übernachtung 17.-/20,- DM pro Person
- Seminarraum, Selbstversorger-Küche, Aufenthaltsräume , großer Innenhof

Kulturverein Schwarzer Hahn e.V.
Am Rundling 1
29462 Lensian
Telefon: 0 58 43 / 241
Fax: 0 58 43 / 1413
e-mail: tagungshaus@schwarzer-hahn.de
www.schwarzer-hahn.de



Bartelsstraße 12
20357 Hamburg
Tel.: 040 / 432 90 409
Fax: 040 / 439 34 13
http://www.schanzenstern.de

RESTAURANT / CAFE

überwiegend mit Produkten aus ökologischem Anbau

Fleisch und Wurst ausschließlich vom Bioland-Hof

Hausgemachte Vollwertkuchen

täglich wechselnd Mittagstisch - Abendkarte
Sonntags Frühstücksbüffet kalt / warm

Mo 18.00 - 1.00 Uhr
Di-Sa 10.30 - 1.00 Uhr
So 11.00 - 1.00 Uhr

UNTER HAMBURGS STERNEN SCHLAFEN, OHNE ASTRONOMISCHE SUMMEN ZU BEZAHLEN

ab DM 33,- pro Nacht
Prospekt anfordern



Frühstücken UNTER EINEM ANDEREN STERN

SONNTAGS VON 11-18 UHR

Rundstücken NACH LANGER NACHT

Spätstücken



im FRITZ BAUCH

April 2001 Programm

SO 01	Konzert: 6000 Crazy (Schwed.) & WWK (HC Punk)
	Cafe Niemandsland ab 17h
	Studio: fsk (93.0) sendet aus der flora
DI 03	Dubcafe
FR 06	Soli-Party für Lerchenwachengeschädigte
	OG: Triolas Streifzüge durchs populäre Delirium
	EG: Techno / UG: Punkkonzert mit Kokoschka Heroin, Apostel Core, Heimatglück, Panzerkreuzer Polpot 22h
SO 08	Vollmondorchester ab 21h
	Cafe Niemandsland ab 17h
	Studio: fsk (93.0) sendet aus der flora
DI 10	Dubcafe
MI 11	Flora Soli-Konzert: Oi Polloi (Anarchopunk, schottland)
DO 12	Kangoroots Soundsystem /
	Black famous and friends 22h
FR 13	Kellerkonzert: Illse Lau + andere Band ab 22h
SA 14	Ostfriesenstyles Paranoia Drum & Bass Skillz 2 / D&B und 2Step auf 2 areas Dj: Newport, Romper Stomper, Stamina, Irie Vibe, Deph, Padde, Mothe Tonque ab 22h
SO 15	Rainbow Soundsystem
	alongside Sugar Chicken & I-Livity Sound ab 23h
	Cafe Niemandsland ab 17h
	Studio: fsk (93.0) sendet aus der flora
DI 17	Dubcafe
DO 19	HC-Konzert Meg (Swe) & All I see (dän) ab 21h
FR 20	Rince out soundsystem DJ's Bitter + Twisted,
	Good Fella, Sport; MC: Soul train 23h
SA 21	Chillum Connection (Goa) 22h
SO 22	Drumcircle eigene Instrumente mitbringen15h /
	Cafe Niemandsland 17h
	Studio: fsk (93.0) sendet aus der flora
DI 24	Dubcafe
FR 27	lesbi-schwuler Kellerclub www.kellerclub.de 23h
SA 28	Antifa Soli-Konzert COP (Hc / Crossover aus Barcelona) 21h
MO 30	Soli-Konzert für Prozesskosten
	Tikkum und Zimbo beide HH, beide „strenger experimenteller Pop". Danach legt TBC (Nachtschwesten/ Radio Gagarin) experimentellen Drum&Bass auf. ab 21h
DI 01.5.	Dubcafe

Das AHOI-Programm für den April

Di 3.4.	20h	Klub	Rock'n Roll over
Mi 4.4.	21h	Party	Disqualifiziert
Do 5.4.	20h	Kneipe	DJ Bum Bum und Gast: Schweinesystem
Fr. 6.4.	21h	Party	
Sa 7.4.	21h	Party	Trippy Drop Sounds (Drum n'Bass, Ambient,...)
Mi 11.4.	20h	Kneipe	Kuschelrock
Do 12.4.	20h	Kneipe	DJ Euskadi: rote Musik
Fr 13.4.	21h	Party bei Nachbars	geschlossen zugunsten der „OFF LIMITS"-Release-Party in der Hafen-Vokü!
Sa 14.4.	21h	Party	Audio Affairs
Di 17.4.	20h	Kneipe	Rock n'Roll over
Mi 18.4.	20h	Kneipe	Klausens Feierabend ohne Kontingente
Do 19.4.	20h	Klub	Themenabend: Autonomie in Wort
			Kollektivbetriebe, danach selbst saufen
Sa 21.4.	21h	Party	Kuschelrock
Mi 25.4.	20h	Kneipe	Kuschelrock
Do 26.4.	20h	Klub	DJ Euskadi: rote Musik
Sa 28.4.	21h	Party	Afterworkclub
Mo 30.4.	21h	Party	Blauer Tanz in den roten Mai

Adresse: Balduintreppe, St.Pauli Hafenstraße, 20359 Hamburg St.Pauli

Regelmäßige Termine Rote Flora:

Montag	Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr
	Offene Motorradwerkstatt: schrauben und klönen ab 17 Uhr
Montag+Donnerstag	Archiv der Sozialen Bewegungen Tel. 433007 16-19 Uhr
Dienstag	Dubcafe 18-23 Uhr
Donnerstag 14tägig	Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr
1.Samstag im Monat	Frühstück ab 12 Uhr

Glasmoorspaziergang: Jeden 3. Sonntag im Monat Treffpunkt (Neu!) 14 Uhr B5 mit Autos, 15 Uhr Glasmoor/Norderstedt